

Hochheimer Stadtbote

Amstliches Organ

1. Stadt Hochheim



Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach Flörsheim Telefon 58. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: Kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfg., Reklamen die 6-gespaltene Zeile 30 Pfg., Bezugspreis monatlich 1.— Rm. Postkontokonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 132. Samstag, den 5. November 1927 4. Jahrgang

Von Woche zu Woche.

Von Argus.

Ein. Reparationskommissar des Reiches wollen wir nun anscheinend doch nicht bekommen. Dafür will man im Reichsfinanzministerium eine besondere Stelle schaffen zur Bearbeitung der mit der Reparationsfrage zusammenhängenden Dinge. Der tägliche Unterschied wird nicht sehr groß sein. Wenn man es so macht, wie jetzt geplant, behält der Reichsfinanzminister die ganze Materie in der Hand, und man schafft nicht neben ihm eine Stelle, die den Geschäftsgang unter Umständen noch mehr kompliziert. Vielleicht ist also die jetzt geplante Lösung die praktischere. Jedenfalls ist wichtig, daß überhaupt einmal eine derartige Stelle geschaffen wird. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß im nächsten Jahre die sogenannte „Erholungsphase“ des Dawes-Abkommens läuft und unsere Zahlungspflichten unbarmherzig beginnen. Es gilt, sich darauf zeitigen einzurichten. Und wenn irgendwo eine Zentralstelle besteht, die alle einschlägigen Fragen bearbeitet und, wenn nötig, auch einmal als Mahner auftritt, so ist das sicherlich sehr zweckmäßig. Auf alle Fälle ist es besser, dieser Mahner ist ein Deutscher, als es ist der Reparationsagent oder sonst ein Beauftragter der Entente.

Die Schaffung einer Zentralstelle zur Bearbeitung der Reparationsfragen könnte aufgeführt werden als im Widerspruch stehend zu der jetzt auch von der Reichsregierung sehr dringlich empfohlenen und betriebenen Vereinfachung der Staatsverwaltung. In Wirklichkeit liegt die Sache anders. Ein Widerspruch läge nur dann vor, wenn man diese Stelle einfach schaffen würde, im übrigen aber alles beim alten ließe. So darf es freilich nicht kommen. Der Reichsaussenminister hat in seiner Rede über die deutsche Wirtschaftslage jüngst ausdrücklich gesagt, daß ein Volk, das den größten Krieg der Weltgeschichte verloren habe, sich dieses Nebeneinander von Behörden auf die Dauer einfach nicht leisten könne. Es muß also Hand in Hand mit der Errichtung der Zentralstelle für die Reparationsfragen die organische Zurückbildung des behördlichen Apparates gehen. Der bisherige Ministerpräsident hat dieser Tage davon gesprochen, daß allein in Bayern etwa 2000 bis 3000 Beamtenstellen einspart werden können. Man sieht also, es ist auf diesem Gebiet schon etwas zu machen. Nur ist das Problem, wie wir schon wiederholt sagten, dank der eigenartigen staatsrechtlichen Konstruktion des Deutschen Reiches und der Empfindlichkeit unserer Bevölkerung außerordentlich schwierig und delikat. Aber, was wir schon oben im Zusammenhang mit der Reparationsfrage überhaupt sagten, gilt auch hier: Es ist besser und würdiger, wir bemühen uns selber um eine erträgliche Lösung, als wir warten zu, bis uns eines Tages ein Diktat der Entente einfach dazu zwingt.

In Frankreich hat der Kongreß der Radikalen Partei den Nationalisten eine glatte Abgabe erteilt. Die Partei wird demgemäß bei den nächsten Wahlen selbständig vorgehen und sich auch bezüglich ihrer nach den Wahlen einzunehmenden Haltung nicht vorher festlegen. Bezeichnend für die Stimmung, die den Parteitag beherrschte, ist die Tatsache, daß ausgerechnet der Abgeordnete Daladier, der die auf eine Verfassungsänderung mit Deutschland abzielende Resolution eingebracht hatte — der Parteitag hatte ihr zugestimmt —, zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Man darf diese Dinge ganz gewiß nicht überschätzen. Wie falsch das wäre, zeigt das kürzlich in der Pariser nationalistischen Presse vom deutschen Militarismus, der sich in Genf mit dem russischen verbande aus Anlaß der bevorstehenden Abrüstungskonferenz, oder vielmehr Abrüstungs-konferenz. Trotz alledem: Es ist erfreulich, daß eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Gruppe ein offenes Bekenntnis zu einer vernünftigen Außenpolitik im Sinne Briand ablegt. Im übrigen muß sich bei den französischen Wahlen zeigen, wer recht hat: das Gros der Radikalen Partei oder der Abgeordnete Franklin-Bouillon, der die Partei auf die Seite der Nationalisten führen wollte, auf dem Parteitag aber unterlegen ist und hierauf den Saal verließ mit dem Ausruf: „Ich weiß zwar, daß ich die Mehrheit des französischen Volkes.“ In der eben eröffneten außerordentlichen französischen Parlamentssession wird es übrigens zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen kommen müssen, weil eine ganze Reihe von Interpellationen über die Regierungspolitik vorliegt, darunter eine solche einer nationalistischen Gruppe über die Falschheit dieser Tage den fünften Jahrestag ihres Marsches auf Rom.

Die neue Kreiseinteilung!

— Eine Bürgermeisterkonferenz. — Es wird ein Landkreis Frankfurt mit dem Sitz in Frankfurt gefordert. —

Nachdem von zahlreichen Gemeinden Entschlüsse zu der Regierungsvorlage über die Neueinteilung der Kreise am Untermain gefaßt wurden und nachdem der Kreistag der beteiligten Kreise seine Entscheidung bereits gefaßt hat, nahmen am Donnerstag die Bürgermeister der Kreise Höchst, Königstein und des Ober-Taunuskreises zu dem ganzen Fragenkomplex in einer Sitzung in Frankfurt Stellung. Aus dem Restkreis Wiesbaden waren nur wenige Vertreter anwesend, da dort, wie in der Versammlung bekanntgegeben wurde, von allen Gemeinden einmütig der Beschluß gefaßt wurde, sich von Wiesbaden eingemeinden zu lassen. Das bedeutet, daß sich

alle Gemeinden des Restkreises Wiesbaden gegen den neuen Mainkreis wehren, wie er von der Regierung geplant ist.

Bürgermeister Sportthorst-Dogheim, der den Vorsitz führte, präzisierte in knappen Worten den Standpunkt der Bürgermeister der drei Kreise: Es ist klar, so führte er aus, wenn die beabsichtigten Eingemeindungen aus dem Kreis Höchst und dem Kreis Wiesbaden vorgenommen werden, daß dann die Restkreise nicht mehr lebensfähig sind und es ist notwendig, daß etwas Neues geschaffen wird. Aber die Form, die dieses neue Gebilde bekommen soll, hat im Westen des Kreises Wiesbaden die schärfsten Proteste hervorgerufen. Die acht Gemeinden die nach Wiesbaden laut Regierungsvorlage eingemeindet werden sollen, erklären sich zwar bereit, in Eingemeindungsverhandlungen einzutreten, protestieren aber mit aller Schärfe gegen jedes Diktat. Die übrigen 16 Gemeinden, die man zu Höchst schlagen wollte, wehren sich ebenfalls gegen diese Lösung. Für Höchst hat sich von allen Gemeinden nur Driedenbergen ausgesprochen.

Dem Willen der Bevölkerung müsse Rechnung getragen werden.

Auch der Kreis Homburg und der Hilfskreis Königstein seien nicht lebensfähig, da nicht die Höhe der Kreissteuern allein ausschlaggebend sei. Es gelte die Frage zu prüfen, ob die Einwohner sich damit einverstanden erklären könnten, daß ein Maintaunuskreis geschaffen wird und gleichzeitig der Kreis Homburg bestehen bleibt. Der Redner hält es für richtig, daß ganze Arbeit geleistet wird und der Kreis Homburg solle nur ein Provisorium dar. Es bestehe nur die eine Möglichkeit, alles zusammenzulegen was von den drei Kreisen nach vollzogener Eingemeindung noch übrig bleibt. Aber den Sitz der Kreisverwaltung äußert sich der Redner dahin: darin, daß in Frankfurt die für die Kreisverwaltung notwendigen Gebäude nicht vorhanden seien, dürfe eine großzügige Lösung der ganzen Kreisfrage nicht scheitern. Es müßte ohne weiteres möglich sein, in Frankfurt die geeigneten Baulichkeiten für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Ferner spreche für die Zusammenlegung die Möglichkeit, auf diese Weise beträchtliche Verwaltungskosten einzusparen.

In der Diskussion, an der sich die Bürgermeister einer Reihe von Gemeinden aller Kreise beteiligten, wurden

die Ausführungen des Vorsitzenden unterstrichen und man forderte allgemein eine gründliche Lösung der Kreisfrage, die man übereinstimmend

in einem großen Landkreis Frankfurt,

sieht der sowohl den Restkreis Höchst, den Ober-Taunuskreis u. den Hilfskreis Königstein mitsamt den sechs seinerzeit vom Kreis Usingen abgetrennten Taunusgemeinden umfaßt, mit der Zentrale in Frankfurt. Erneut fand die Eile, mit der die Regierung die Erledigung dieser Frage betreibt, schärfste Kritik. Auf diese Weise sei es den Gemeinden nicht möglich, eingehend Stellung zu nehmen. Diese Eile sei verdächtig und offenbar dazu angetan, die Gemeinden mundtot zu machen. Einstimmig faßte man folgende

Entschliebung:

„Die beabsichtigte Neubildung der Kreise Höchst (Maintaunuskreis) und Ober-Taunuskreis trägt den Bedürfnissen der Gemeinden nicht Rechnung. Einmütig muß gefordert werden, daß die Gemeinden des Restkreises Höchst, des Ober-Taunuskreises und des Hilfskreises Königstein mit den sechs Gemeinden des Kreises Usingen zu einem großen Kreis vereinigt werden. Dieser Zusammenschluß bedeutet eine wesentliche Verminderung der Verwaltungskosten und gibt Gewähr dafür, daß die Aufgaben des Kreises in vorbildlicher Weise gelöst werden.“

Diese Resolution soll den Behörden zugehen, darüber hinaus aber wurde eine Bürgerkommission gewählt, die in diesem Sinne bei dem Ministerium in Berlin vorstellig werden soll.

Die Zukunft des Landkreises Wiesbaden

war nochmals Gegenstand einer eingehenden Besprechung, welche die Ortsgruppen der Zentrumspartei Wiesbaden-Land am Mittwoch in Hochheim abhielten und an der auch die Landtagsabgeordneten Fint und Dr. Groß teilnahmen. Das Thema wurde sehr eingehend und besonders unter dem Gesichtspunkt einer späteren Entwicklungsmöglichkeit am unteren Main besprochen. Am Schluß der Beratungen, in denen auch Landtagsabgeordneter Dr. Groß, der Mitglied der Eingemeindungskommission des Landtages ist, die jetzt beabsichtigte Umgestaltung vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt behandelt hatte, wurde eine Entschliebung angenommen, in der die Verammlung den Standpunkt vertritt, daß die Vergrößerung der Städte aus staatspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen nicht abzulehnen sei. Mit aller Schärfe verwahrte sich die Verammlung dagegen, daß die Regierung die Umgestaltung des Landkreises Wiesbaden mit so kurz bemessener Frist vornimmt, ohne die maßgebenden Körperschaften in ausreichender Weise gehört zu haben. Die Regierung wird am Schluß der Entschliebung aufgefordert, die Frage der Kreisneubildung nur unter weitgehender Anteilnahme und mit dem Einverständnis der betreffenden Bevölkerung zu lösen.

Die ersten Schritte.

Unter dem Vorsitz des Reichslänglers fand in der Reichsregierung eine Besprechung über die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts statt. Der preussische Vorschlag, das Reichsverwaltungsgericht in dem in Berlin zu schaffen Reichsverwaltungsgericht aufgehen zu lassen und die Zuständigkeit dieses Reichsverwaltungsgerichts auch für die Sachen zu begründen, für welche bisher das Preussische Oberverwaltungsgericht zuständig war, wurde einstimmig begrüßt.

Während die ganze Zeit hindurch über die Verwaltungsreform nur geredet und geschrieben wurde, sind jetzt die ersten Schritte getan in der Richtung auf praktische Verwirklichung der theoretisch allgemein anerkannten Forderung. Eine Besprechung zwischen den zuständigen Stellen des Reiches und Preußens hat nämlich zu einer grundsätzlichen Einigung darüber geführt, daß das derzeitige Preussische Oberverwaltungsgericht in Berlin in dem zu gründenden Reichsverwaltungsgericht aufgehen soll. Mit anderen Worten: für das schon seit längerer Zeit geplante Reichsverwaltungsgericht wird keine neue Stelle geschaffen, sondern man übernimmt einfach eine bereits bestehende Einrichtung des Landes Preußen. Diese Lösung wurde angeregt durch den Ausschuß für Verwaltungsreform, den die Reichsregierung vor kurzem eingesetzt hat.

Die geplante Neuerung stellt den ersten Versuch dar, das Nebeneinander (und stellenweise auch Gegeneinander!) von deutschen Reichs- und preussischen Landesbehörden in Berlin

dadurch zu vermeiden, daß man gemeinschaftliche Stellen schafft, die beide Funktionen ausüben in der Lage und berechtigt sind. Freilich ist damit zunächst noch nicht allzuviel erreicht. Die Frage ist jetzt, ob außer Preußen auch noch andere Länder, die jetzt eigene Verwaltungsgerichte besitzen, auf diese Verwaltungsverfahren ebenfalls auf das Reichsverwaltungsgericht übergehen lassen werden. Damit kommt man aber sofort wieder auf die weitere und sehr brenzlige Frage, inwieweit ein derartiger Verzicht auf eines bisher selbständige Landesbehörde als Konzession an den Gedanken des Einheitsstaates aufzufassen wird, von dem eine ganze Reihe deutscher Länder bekanntlich nichts wissen will. Man nimmt aber bei den zuständigen Stellen in Berlin offenbar an, daß das preussische Beispiel zur Nachahmung reizt und daß dadurch der Anfang zu einer Verwaltungsreform gemacht wird. Man darf gespannt darauf sein, ob sich diese Hoffnungen erfüllen.

Ein weiterer Schritt zur Vereinfachung des behördlichen Apparats ist die Zusammenfassung der bisher 22 Landes- arbeitsämter zu künftig 13, wobei man auch vor den Ländergrenzen nicht halt machte und beispielsweise Bayern und Württemberg (mit Hohenzollern) nur ein Landesarbeitsamt gab, zu dem später noch die Pfalz kommen soll.

Die weiteren Verhandlungen.

Die weiteren Verhandlungen über die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts müssen nach zwei Richtungen geführt werden, einmal sind noch Einzelverhandlungen mit den zuständigen preussischen Stellen über Detailsfragen nötig. Die Verhandlungen mit Preußen dürften unter anderem die

finanziellen, personellen, ferner Zuständigkeitsfragen umfassen.

Dazu kommen dann noch die Verhandlungen mit den übrigen Ländern, soweit diese Verwaltungsgerichte haben. Es ist anzunehmen, daß das Reich diese Besprechungen unterzünftig einleiten wird. Das Reichsverwaltungsgericht würde sich ferner auf den Kreis der Aufgaben dieses Gebietes erstrecken, die jetzt bei den Ländern liegen.

Die Truppenverminderung im besetzten Gebiet.

Idstein geräumt.

Die englischen Besatzungstruppen sind aus Idstein, der einzigen Garnison, die die Engländer ganz räumen, abgezogen.

Am Abschied des die Truppen kommandierenden Majors bei dem Bürgermeister hat nicht stattgefunden. Die Bevölkerung nahm von dem Abzug der Truppen keine Notiz, doch atmet sie freudig auf, daß die Stadt, in der bis zum Beginn der Besatzung niemals Truppen lagen, der Einquartierungslasten entzogen ist.

Auch Diez wird frei.

Die Räumung der Stadt Diez, die einige Tage in Anspruch nehmen wird, hat begonnen. Ein Bataillon des 150. Infanterie-Regiments mit dem Stab und einer überzähligen Kompanie sind nach Landau abgerückt. Ein anderes Bataillon des Regiments wird in Neustadt Garnison beziehen.

Außerdem verlassen drei Bataillone Artillerie Düren mit der Bestimmung Trier. Die Truppen werden mit ihrem Material in den nächsten Tagen aus Düren transportiert werden.

Polnische Wirtschaft.

Das Parlament wird heimgeschickt.

Der Polnische Landtag, der zu seiner ordentlichen versammlungsmäßig vorgesehenen Tagung zusammengetreten war, wurde einige Minuten nach Eröffnung der Sitzung durch ein Dekret des Präsidenten, das vom Vizepräsidenten Dr. Bartel verlesen wurde, bis zum 28. dieses Monats, also dem Tage des Ablaufes der Legislaturperiode, verlagert.

Wie in parlamentarischen Kreisen erklärt wird, dürfte die Regierung offenbar fürchten, daß der Ausschuss, an den der Voranschlag verwiesen werden soll, das von der Regierung eingebrachte stark gefürzte und nicht in die Einzelheiten gehende Budget als nicht geeignet für eine Beratung ansehen werde. Die Vertagung ist von den Abgeordneten aller Parteien mit Entrüstung aufgenommen worden.

Als Dr. Bartel das Dekret verlesen hatte, sprangen die Abgeordneten von ihren Sitzen, und man hörte Rufe wie „Freiung! Ihr fürchtet euch vor der Kontrolle über eure Finanzwirtschaft!“ Im Zusammenhang mit der Vertagung der Sejm-Session wurde auch die ordentliche Senatssession bis zum 28. November verlagert.

Erklärung der rumänischen Regierung.

Der Fall Manoilescu.

Der rumänische Unterstaatssekretär Tatarescu gab vor Pressevertretern folgende Erklärung ab:

Vor einigen Monaten bekam die Regierung Meldungen über Vorbereitungen im Auslande mit dem Ziele einer Aktion zum Umsturz der monarchischen Regierung. Bald gaben neue Informationen die Gewissheit, daß den Vorbereitungen Leben folgen sollten. Nun beschloß die Regierung, deutlich revolutionäre Handlungen zu verhindern. So wurde Manoilescu, der als Anführer galt, festgenommen. Man fand bei ihm Akten, Briefe, Telegramme, die den ganzen Plan enthielten. Nach dem Tagebuch Manoilescus begann seine Tätigkeit am 18. Juli. Das Tagebuch Manoilescus zeigt auch die Mittel zur Verwirklichung des Planes aneinander. Tatarescu fuhr fort: Das sind handgreifliche Beweise dafür, daß Manoilescu selber Mittel ertrog, um die Aktion gegen die Regentenschaft zu gunsten Karls zu verwirklichen.

Zur Propaganda und zur Schaffung einer der Mächtige Karls günstigen Atmosphäre sollte eine Zeitung „Araia Nou“ (Der neue Prinz) erscheinen, die jedoch von der Regierung verboten wurde. Manoilescu sollte mit der Kampagne im Laufe des Monats Februar beginnen; er wartete auf die letzten Mitteilungen aus Paris.

Die Armee zuverlässig.

Nachrichten aus Rumänien wußten zu melden, daß Prinz Carl insbesondere in Offizierskreisen starken Anhang habe.

Die rumänische Regierung dementiert die Nachricht über die Verhaftung von Militärpersonen und erklärt, es sei nur ein Offizier, Oberst Teodorescu, verhaftet worden, doch stehe diese Verhaftung in keinem Zusammenhang mit der Verhaftung Manoilescus.

Der Prozeß gegen Manoilescu soll nächste Woche beginnen.

Der Mordprozeß Heydebrand.

Zusammenstoß.

Im Mordprozeß Heydebrand kam es bei der Vernehmung des Oberpfarrers Dr. jur. Schäfer zu einem Zusammenstoß. Der Vorsitzende fragte den Zeugen, wie er denn in einem Schreiben an den Untersuchungsrichter enthaltenen Vorwurf, daß Mord vorliege, begründe. Der Zeuge antwortete, bei der Untersuchung sei der Untersuchungsrichter immer um den bestimmten Punkt herumgegangen.

Der Staatsanwalt bezeichnete diesen Vortrag des Zeugen als unerhört, daß den Zeugen anzusehen, seinen schweren Verdacht gegen den Untersuchungsrichter zu rechtfertigen, und fragte, welche Vernehmung der Zeuge meine.

Der Zeuge antwortete, daß er seine eigene Vernehmung durch den Untersuchungsrichter meine. Er wäre nicht so vorgegangen wie der Untersuchungsrichter. Frau v. Heydebrand habe nicht Selbstmord verübt.

Sie war dazu viel zu religiös.

Auf eine weitere Anfrage des Vorsitzenden sagt der Zeuge: „Ich traue dem Angeklagten einen Mord zu.“ Als der Staatsanwalt den Zeugen fragte, was ihn an dem körperlichen Zustand der Frau v. Heydebrand aufgefallen sei, er sei ja nicht nur Pfarrer und Dr. jur., sondern auch sonst sehr beschlagen in allen Dingen, wandte sich der Zeuge an den Vorsitzenden mit der Frage:

Wer ist dieser Herr?

Auf die Antwort des Vorsitzenden, der Herr sei Vertreter der Anklage, erklärte der Zeuge: Ich beantworte die Fragen nicht, da die Einleitung für einen alten Geistlichen doch ein wenig zu ironisch ist.

In der weiteren Zeugenvernehmung stellte sich heraus, daß die Zeugen die Charaktere des Herrn und der Frau v. Heydebrand so verschieden auffassen, daß kein Bild von einheitlicher Klarheit zu gewinnen war. Der Zeuge Landgerichtsrat Freiherr v. Brangel erzählte, er habe die Heirat des Angeklagten mit einer Französin verhindert, was Herrn v. Heydebrand sehr erregte, daß er den Zeugen erschlagen wollte. Der Angeklagte gab dies zu. Seine erste Frau, als Zeugin genommen, sagte aus, der Krieg, veränderte Anschauungen, religiöse Differenzen und schließlich die Untreue des Mannes nach zehnjähriger guter Ehe hätten zur Scheidung geführt. Die Mordtat trant sie dem Angeklagten nicht zu. Nach dieser Zeugenvernehmung wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Am Freitag wurde nicht verhandelt.

Wie man ein Amt los wird.

Man täuscht einen Ueberfall vor!

Eine ganz merkwürdige Aufklärung fand ein Raubüberfall, der am 28. Mai dieses Jahres auf den Landwirt, Ortsdiener und Gemeindevorstand Wilhelm Wagner aus Vohre, Kreis Melsungen, verübt sein sollte. Er kam am Abend dieses Tages beschmutzt und aufgeregt nach Vohre zurück und behauptete, von zwei Männern überfallen und seiner Gemeindevorstandssache samt 245 Rm. haren Geldes aus der Gemeindevorstandssache beraubt zu sein.

Bald stellte sich jedoch heraus, daß diese Raubergeschichte erdichtet war. Geld und Papiere sind von dem Gemeindevorstand selbst am Heiligenberg verbrannt worden. Ueber die Motive zur Tat herrschte lange Zeit völlige Unklarheit. Wagner war 22 Jahre Gemeindevorstand und 4 Jahre Richter, seine Bücher waren ebenso wie seine privaten Verhältnisse in Ordnung, und eine Revision hatte kurz vorher die Kasse in Ordnung gefunden.

In der Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht in Kassel, bei der vom Staatsanwalt ein Jahr sechs Monate Zuchthaus wegen Unterschlagung und Begehung von Urkunden im Amt beantragt wurde, kam heraus, daß die Tat lediglich ein höchst seltsames Unternehmen des Angeklagten war, sich des ihm längst gewordenen Postens eines Gemeindevorstandes zu entledigen!

Das Gericht konnte eine Unterschlagung als nicht erwiesen annehmen und erkannte darauf nur wegen Vernichtung von Urkunden auf drei Monate Gefängnis. Eine Kuh und ein Kalb mußte der überschlaue Gemeindevorstand noch daruntersuchen, um den Schaden der Gemeindevorstandssache wieder gutzumachen.

Internationales Abkommen.

Ueber Ein- und Ausfuhrverbote.

Das Redaktionskomitee der Genfer Konferenz für die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote hat den Entwurf einer internationalen Konvention fertiggestellt, die das Ergebnis der seit dem 17. Oktober geführten Verhandlungen zusammenfaßt.

Die Unterzeichner verzichten innerhalb sechs Monaten nach Inkrafttreten auf jede Beschränkung oder jedes Verbot der Ein- und Ausfuhr. Ausgenommen sind Beschränkungen im Verkehr mit Waffen sowie solchen, die aus hygienischen Gründen zum Schutz nationalen Erbgutes oder zum Schutz von Regierungsmonopolen erlassen sind oder den Verkehr mit Gold, Silber und Wertmetallen regeln.

Wo außerordentliche Verhältnisse zur Wahrung der Lebensinteressen des Landes Ein- und Ausfuhrbeschränkungen notwendig machen, sind sie zugelassen. Artikel 6 bildet ein Kompromiß, da einzelne Staaten die Ansicht vertreten haben, daß unter den jetzigen Verhältnissen die gestatteten Ausnahmen nicht ausreichend seien. Infolgedessen sind einzelne Ausnahmen (Farbstoffe, Kohlen, Eisenwaren) zugelassen worden, die zeitlich begrenzte Gültigkeit haben. Sie sollen teilweise für drei Jahre, in anderen weniger wesentlichen Fällen für fünf Jahre zugelassen sein. Nach Ablauf dieser Frist kann jede Partei die Konvention kündigen, wenn diese Ausnahmen trotzdem weiterbestehen bleiben sollten.

Deutsche Vorbehalte.

Zu dem Artikel 6 des Konventionsentwurfes über die Einfuhr-Verbote und -Beschränkungen macht Deutschland folgenden Vorbehalt:

1. Falls die britische Delegation die gegenwärtig in Kraft befindlichen Beschränkungen für die Einfuhr von Farbstoffen aufrecht erhalten sollte, macht die deutsche Delegation den Vorbehalt, daß die gegenwärtigen Ein- und Ausfuhrverbote für Steinkohle, Koks, Torf, Braunkohle und Brilleits beibehalten werden. 2. Falls andere Länder Vorbehalte für die Einfuhr von Abfällen von Eisen oder anderen Metallen machen sollten, wäre die deutsche Delegation gewillt, die zurzeit in Kraft befindlichen Verbote für Metalle und verzinkte Eisenblechabfälle aufrecht zu erhalten.

Südwestdeutsches Arbeitsamt.

Die Einteilung der Landesarbeitsamtsbezirke.

Aus Berlin wird gemeldet, daß der Vorstand der Reichsanstalt nach vorheriger Anhörung der Verwaltungsausschüsse der augenblicklich bestehenden Landesarbeitsämter und nach Benehmen mit den obersten Landesbehörden die augenblicklich bestehenden 22 Landesarbeitsämter zu 13 Landesarbeitsämtern zusammenzufassen hat. Den sachlichen oder bezirkslichen

Besonderheiten einzelner Gebiete will der Vorstand durch Erziehung von Zweigstellen oder Fachabteilungen weitgehend Rechnung tragen.

Soweit badische Verhältnisse in Frage kommen, wird ein solches mitgeteilt: Das südwestdeutsche Amt soll die Länder Württemberg und Baden, Pfalz und Hohenzollern umfassen. Bezüglich der Pfalz hat der Beschluß allerdings eine Einschränkung erfahren. Während die beiden Länder Württemberg und Baden mit Hohenzollern sofort zusammengelegt werden, soll die endgültige Einteilung der Pfalz einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben.

Ueber die Frage des Amtssitzes des südwestdeutschen Arbeitsamtes soll noch entschieden werden. Bei einer sofortigen Zusammenfassung des ganzen Gebietes und unter Berücksichtigung der wichtigsten Industriegebiete von Württemberg, Baden und Pfalz dürfte die Wahl wohl auf eine Stadt des badischen Unterlandes fallen.

□ **Schwerer Autobusunfall.** In der Nähe von Brunn geriet an einer Straßenkrümmung ein vollbesetzter Autobus ins Schlingern und stürzte um. Dreizehn Reisende wurden schwer verletzt. Der Wagenführer trug so schwere Verletzungen davon, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

□ **Die deutschen Aufschriften in der Prager Hauptpost.** Wie eine Prager Korrespondenz erzählt, besteht bei der Direktion der Prager Hauptpost die Absicht, die bisher einsprachigen, tschechisch oder tschechisch-französischen Aufschriften in der Schalterhalle der Prager Hauptpost nunmehr auch in deutscher Sprache anzubringen.

□ **62 Opfer der Schiffskatastrophe bei Sydney.** Nach den letzten Meldungen aus Sydney haben bei dem Untergang einer Fähre insgesamt 62 Personen den Tod gefunden. Das Schiff liegt 23 Meter tief. Tauscher haben die Nachforschungen nach den noch im Innern des Schiffes befindlichen Leichen begonnen.

Aus Nah und Fern.

□ **Laubsechsbach.** Auf dem Trittbrett zu Tode (requisit) Auf der steil abfallenden Straße von Wollhausen ereignete sich mitten im heißen Ort ein schrecklicher Autounfall, bei welchem der 23jährige Fahrbegleiter Johann aus Diez (Lahn) den Tod fand. Fährer, der auf dem Trittbrett des der Diezer Kaufmann Gebr. Vahler gehörigen Autos stand, wurde beim Nehmen einer Kurde gegen einen Telegraphenmast gedrückt und erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er nach wenigen Minuten starb.

□ **Limburg.** Beim Reinigen der Dreschmaschine schwer verletzt. In der Erziehungsanstalt Steinmühle waren einige Mädchen damit beschäftigt, die Dreschmaschine zu reinigen. Das hierzu benutzte Benzin fing Feuer, explodierte und fügte zwei Mädchen erhebliche Brandwunden zu.

□ **Montabaur.** (Viehstahl statt Kali.) Hier ist ein raffiniert angelegter Schwindel aufgedeckt worden, dem viele reiche Landwirte der hiesigen Gegend zum Opfer fielen. Eine Handelsfirma verkaufte seit längerer Zeit größere Mengen Kali zu billigen Preisen an Landwirte, das von diesen waggontweise bezogen wurde. Die Landwirte mußten bei der Benutzung des Kali feststellen, daß es sich um ein vollkommen wertloses Material handelte. Ermittlungen ergaben, daß es sich um gewöhnliches Viehsalz handelte. Einige Landwirte sind ganz empfindlich geschädigt worden. Die Firma klagt jetzt den Geschädigten eine Vergütung an, um sich einer Strafverfolgung zu entziehen. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit bereits aufgegriffen.

□ **Gießen.** (Im Walde überfallen.) In einem Wald bei Alenbussel wurde eine Frau auf ihrem Spaziergang von einem Burschen überfallen und schwer mißhandelt, der sich dem Wüßling zur Wehr setzte. Der Täter konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

□ **Kassel.** (Panik wegen einer Schreckschusspistole.) Bei einem Streit zwischen jungen Leuten in der Parkstraße zog plötzlich ein Bursche eine Pistole und feuerte auf seine Gegner mehrere Schüsse ab. Der Straßenpassanten bemächtigte sich eine Panik, man stürzte in die Häuser. Als sich die Kriminalpolizei der Sache angenommen hatte, mußte sie feststellen, daß der Jüngling sich einer Schreckschusspistole bedient hatte.

□ **Wiesbaden.** (Geständnis eines Mörder.) Zu dem Mord an der Ehefrau Sührer, der am 9. Mai 1908 verübt wurde, ist zu berichten, daß der Täter, der 20jährige Arbeiter Sinowatz, vor dem Untersuchungsrichter sein Geständnis in vollem Umfang aufrecht erhalten hat. Das Hauptverfahren wird nunmehr eröffnet und Anfang Dezember vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung kommen. Während dieser Schwurgerichtstagung wird auch der Fall Gens, der in der letzten Verhandlung der Vertagung verfiel, nochmals zur Verhandlung kommen. Der Kronzeuge in dieser Sache, der Reisende Bohnel aus Paris, wird zu dieser Verhandlung erscheinen.

□ **Lorch.** (Priesterjubiläum.) Dechant und Geistlicher Rat Dr. phil. et theol. J. B. Ludwig feierte am 4. November sein 45jähriges Priesterjubiläum und sein 25jähriges Jubiläum als Dechant des Landdekanats Niddaheim.

□ **Worms.** (Fasching.) Aus einer Fülle von Entsendungen hatte der Elber-Kat für die Karnevalssaison 1908 das närrische Motto der Wormser Rathhalla zu wählen. Ein stimmig einige man sich auf das Motto: „6 ganze Tage brummte, uff Fasnacht do kummte!“ Die erste Verlosung findet bereits am Donnerstag, 17. November, im Mozartsaal des Städtischen Spiel- und Festhauses statt.

□ **Hofheim-Tannus (Gewerbeausstellung.)** Der hiesige Kaufmannverein hatte mit seiner gut besuchten am vergangenen Sonntag eröffneten Gewerbeausstellung einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen. Für eine ausgiebige Würdigung der ausgestellten Arbeiten sei ein späterer Zeitpunkt vorbehalten, doch sei heute schon gesagt, daß sämtliche ausgestellten Gegenständen von allen Besuchern überaus anerkennend und lobend beurteilt wurden. Darum ist es jedem, der es bis jetzt veräumt hat die Ausstellung zu besuchen, nur zu empfehlen dies noch nachzuholen, wozu ihm bis Sonntag den 6. November d. J. Gelegenheit geboten ist. Die Ausstellung ist geöffnet am Vertagen von 2-9 Uhr Nachmittags und am kommenden Sonntag von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr Abends.

Lozales.

Hochheim am Main, den 5. November 1927.

Sie Höcht — Sie Wiesbaden!

Der Stadtverordneten-Vorsteher hatte am Donnerstagabend, die Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordneten zu einer nicht öffentlichen Besprechung ins Rathaus eingeladen, um Stellung zu nehmen zu der von der Regierung geplanten Änderung des Landkreises Wiesbaden. In dieser Versammlung kam mit aller Schärfe das Bedauern zum Ausdruck, daß die Regierung die Neugestaltung des Landkreises Wiesbaden mit so kurz bemessener Frist vornimmt, ohne die maßgebenden Körperschaften vorher gehört zu haben. Nach längerer Aussprache wurde von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft folgender Antrag eingebracht, der einstimmig Annahme fand und zum Beschluß erhoben wurde:

Beschluß:

Über das Verschwinden des Landkreises Wiesbaden sprechen wir unser tiefstes Bedauern aus und können der Stadt Wiesbaden nicht den Tadel eriparen, daß sie ihr natürliches Hinterland nicht besser verteidigt hat. Da wir unter allen Umständen unsere Selbstständigkeit jeder Eingemeindung vorziehen, so beantragen wir die Neubildung eines Landkreises Wiesbaden in anderer Form.

Sollte dies nicht möglich sein, so schließen wir uns dem neuen Landkreis Main-Taunus an, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß wenn die heftige Grenze fällt, wir uns dem neuzubildenden Landkreis um die Mainmündung anschließen können, wohn unsere geographische Lage und unsere wirtschaftlichen Belange uns weisen.

Silberne Hochzeit. Am 9. November d. J. feiern die Eheleute Polizeihauptmann Josef Schloffer und Frau Eva geb. Reim ihre silberne Hochzeit. Wir gratulieren!

Der Herbstmarkt ist wieder herangenaht, und viele fleißige Hände waren in dieser Woche beschäftigt, um alles für einen gastfreundlichen Empfang der Marktsucher vorzubereiten. Wenn das Wetter sich günstig gestaltet, dürfte auch dem diesjährigen Markte der gewohnte Massenbesuch wieder beschieden sein. — Dem Herbstmarkt ist bereits ein hohes Alter beschieden; denn er kann auf nahezu 4 1/2 Jahrhunderte zurückblicken. Wenn die Messen und Märkte der Städte aus alter Zeit in der Gegenwart ihre Bedeutung mehr oder weniger durch die allseitige Entwicklung von Handel und Verkehr eingebüßt haben, so ist dieses bei unserem Markte nicht der Fall. Er ist einer der bedeutendsten Pferdemarkte Nassaus geblieben und zu einem Volksfeste geworden, das Besucher in weiten Umgebungen heranzieht. Verschiedene Gründe sind hierfür maßgebend. Zunächst ist es die günstige Lage unserer Mainmündung, die bequem von allen Seiten per Bahn und Schiff, sowie zu Fuß auf festen Straßen erreicht werden kann. Ferner ist es der gewählte Zeitpunkt der Abhaltung des Marktes, nämlich im Spätherbst nach den vollendeten Feldarbeiten, wo gebrauchte Pferde überflüssig werden und daher abgelehrt werden, oder es sollen neue eingestellt werden. Die Landleute aber wollen nach des Sommers Fleiß und Mühen sich einmal einen „guten Tag“ machen, die Sorgen des Lebens für einige Stunden vergessen, und so plündern sie nach der von den Vätern ererbten Gewohnheit nach Hochheim zu seinem Markte und erfreuen sich an seinen Darbietungen. Auch steht der Winter vor der Tür, wo warme Kleidungsstücke eingekauft werden müssen. Schließlich ist es der Wein, der in unserer Gemartung in einer solchen Güte reift, der viele Verehrer eines guten Tropfens anzieht, besonders in seinem Stadium als „Feberschwein“, jener pridelnde Trank, der sich so lieblich trinkt, und daher das Spezialgetränk des Marktes bildet. So möge denn der diesjährige Markt unter einem guten Stern stehen, sich eines zahlreichen Besuches erfreuen und damit die gerühmte Gastfreundschaft der Bewohner unserer Stadt und das Lob ihres feurigen Weins erneut in die Ferne tragen.

Turngemeinde Hochheim. Bei der am 29. Okt. stattgefundenen Monatsversammlung wurde eine Spielabteilung ins Leben gerufen. Die Übungsstunden für Handball sind Mittwochs abends 8 Uhr und Sonntags vorm. 10 Uhr. Am Sonntag, den 6. Nov. fällt die Übungsstunde aus. Junge Leute, die gerne mitspielen wollen, können jederzeit zu den Übungsstunden kommen und Aufnahme finden.

Staatstheater Wiesbaden. Wegen mehrfacher Erkrankung im Personal kann die für Freitag, den 11. Nov. d. J. in Aussicht genommene Fremdenvorstellung „Die Fleckermaus“ nicht stattfinden. Die nächste Fremdenvorstellung wird rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Fußball! Spielvereinigung 07 wollte am vergangenen Sonntag in Biebrich um wie bekannt seine dort fälligen Verbandsspiele zu erledigen. Während die 2. und 3. Mannschaft einwandfrei mit einem Resultat von 3:1 bzw. 2:2 Toren siegen konnten hatte die 1. Mannschaft weniger Glück und konnte trotz der deutlichen Feldüberlegenheit nur ein Remis erzielen. Mit 3:3 Toren schieden die alten Rivalen voneinander obwohl das Resultat nach dem Spielverlauf etwa 6:3 Toren für Hochheim hätte sein müssen. Es ist die bekannte Klage, daß viele Chancen im Sturm ausgelassen wurden, obwohl nicht bestritten werden kann, daß auch das Fehlschießen eine wesentliche Rolle spielte. Kommenden Sonntag hat nun die erste Mannschaft Gelegenheit, die unverdiente Niederlage gegen Destrach wettzumachen. Bekanntlich ging das erste Verbandsspiel in Hochheim gegen Destrach verloren, weil der Verein wesentlich unterlegen war. Destrach wurde im vergangenen Jahre von der 2. Mannschaft der Spielvereinigung in Ostrich geschlagen und die erste Mannschaft glaubte demgemäß gegen Ostrich an einen sportlichen Spaziergang. Ostrich war sich jedoch seiner Aufgabe bewußt und ehe Hochheim verlor, hatten die eifrigen und wieselsinken Recken 3 Tore geschossen, die dank der Taktik ihrer Spielweise nur bis zu zwei Gegentoren aufgeholt werden konnte. Nicht zu vergessen ist auch die wesentliche Verbesserung der Spielstärke der Ostricher, die Hochheim nicht vermutet hatte. Es wird sich nun zeigen, ob die erste Mannschaft es versteht durch geschickte Taktik und

vor allem Eifer, die Niederlage auf eigner Blase wettzumachen und nunmehr Ostrich auf dessen Blase eine Niederlage beizubringen. Ostrich wird es den Hochheimern nicht leicht machen, trotzdem sind die Aussichten für Spielvereinigung, auch wenn Ostrich eingestellt werden muß, nicht ungünstig. Wir wollen daher hoffen.

„Prinz auf 24 Stunden!“ Der Fassadenkletterer und Anführer einer berühmten Gaunerbande Saetti führt zum Hochheimer Markt, vom Samstag bis zum Montag, im U. L. seine verwegenen Kunststücke vor. In dem großen Sensationsfilm! „Prinz auf 24 Stunden“ haben Sie Gelegenheit, eines seiner tollkühnen Abenteuer zu bewundern. Vorher läuft eine große Sensationstheater in 5 Akten: „Wenn du eine Braut hast“, in der ebenfalls „Fassade geklettert“ wird und die an Sensation dem ersten Film nicht nachsteht. — Also kurz: ein „sensationsvolles“ Programm. — Ab nächsten Samstag, den 12. ds. Mts. läuft der neueste, ganz große russische Revolutionsfilm, der erst in diesem Jahre fertiggestellt wurde: „Kosakenregiment 17“. Es ist dieser einer der stärksten Filme des Jahres, der unbedingt als künstlerisch hochstehende Schöpfung anzusprechen ist.

Gegen Auswüchse des Schedverlehrs.

Zwischen den Spitzenvertretungen von Industrie, Großhandel, Einzelhandel und Bankwesen haben in neuester Zeit wiederum Besprechungen stattgefunden, welche den gemeinsamen Kampf gegen das Unwesen der Vordatierung von Scheds sowie gegen betrügerische Ausstellung ungedeckter Scheds zum Gegenstand hatten.

Was die Vordatierung von Scheds betrifft, so wurde dabei namentlich auf die Nachteile hingewiesen, denen sich Verkäufer, welche Scheds dieser Art in Zahlung nehmen, in steuerlicher Hinsicht aussetzen. Sind doch vordatierte Scheds auf Grund des Wechselsteuergesetzes steuerpflichtig.

Was die betrügerische Ausstellung ungedeckter Scheds, insbesondere die Fiktion von Scheds auf ein nicht mehr bestehendes Bankkonto unter Mißbrauch zurückgehaltener Schedformulare betrifft, so war man überwiegend der Ansicht, daß es zur Beseitigung dieses Unwesens nicht neuer Strafbestimmungen, sondern lediglich einer sachgemäßen Handhabung des geltenden Strafrechts bedarf.

Die früher nicht seltenen Klagen über täumliche Einlösung von auf Nebenplätzen gezogenen, ordnungsmäßig gedeckten Scheds durch die bezogene Stelle haben sich in der jüngsten Zeit erfreulich vermindert.

Weihnachtspakete nach Uebersee. Es empfiehlt sich nach Mitteilungen der Reichspost, Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Aushändigung an die Empfänger gesichert ist.



Der Kunstflieger Plauth, der bei einem Kunstflug mit einem für den Frachtverkehr bestimmten Flugzeug auf dem Junkersflugfeld in Dessau tödlich abgestürzt ist.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

22. Sonntag nach Pfingsten, den 6. November 1927.
Eingang der hl. Messe: Si iniquitates observaveris Domine...
Evangelium: Die Zinsmünze.
7 Uhr Frühmesse und Monatskommunion für die Jungfrauen, 8.30 Uhr Kindergottesdienst, 10 Uhr Hochamt, 2 Uhr Andacht für die armen Seelen.
Vertilgung: 6.30 Uhr erste hl. Messe, 7.15 Uhr Schulmesse. Mittwoch ist Schulanfang.

Evangelischer Gottesdienst.

21. Sonntag nach Trinitatis, den 6. November 1927.
Vorm. 11 Uhr Gottesdienst (Pfarrer Lindenbein aus Delfenheim), 10.30 Uhr Kindergottesdienst.
Dienstag Abend Übungsstunde des Gesangvereins.
Mittwoch Abend Übungsstunde des Kirchenchors.
Freitag Abend Jungfrauenvereins.
Vom nächsten Sonntag ab findet der Gottesdienst regelmäßig wieder um 10 Uhr statt, da der zur Vertretung des verlauchten Pfarrers hierher entsandte Vikar am 8. November eintrifft. Bekanntgabe betreffs Beginn des Konfirmandenunterrichts erfolgt am nächsten Sonntag.

Die sparsame Hausfrau verwendet Maggi's Würze,

denn wenige Tropfen machen dünne Suppen, Fleischbrühe, Gemüse und Soßen sofort wohl-schmeckend u. bekömmlich. Vortrefflichster Bezug in groß. plombierten Originalflaschen zu Mk 6.50. Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze.



Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Betrifft Weidenversteigerung.

Die Versteigerung der Weiden von den Schmalau- und Käsbachstücken, sowie den Mainwiesen, wird am Mittwoch, den 9. November ds. Jrs. vormittags 11 Uhr im Rathaus hier abgehalten.

Hochheim a. M., den 2. November 1927

Der Bürgermeister: Arzbächer

Betrifft die Anfuhr von Kleinpflastersteinen.

Die Anfuhr von 200 Tonnen Kleinpflastersteinen von Bahnhof Hochheim a. M., nach der Rathausstraße wird am

Dienstag, den 8. November ds. Jrs. vormittags 11 Uhr im Rathaus wenigstens vergeblich.

Hochheim a. M., den 2. November 1927.

Der Magistrat: Arzbächer.

Betrifft: Kreiseinteilung.

Hochheim a. M., den 3. November 1927.

In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung

wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

„Ueber das Verschwinden des Landkreises Wiesbaden sprechen wir unser tiefstes Bedauern aus und können der Stadt Wiesbaden nicht den Tadel eriparen, daß sie ihr natürliches Hinterland nicht besser verteidigt hat.“

„Da wir unter allen Umständen unsere Selbstständigkeit jeder Eingemeindung vorziehen, so beantragen wir die Neubildung eines Landkreises Wiesbaden in anderer Form.“

„Sollte dies nicht möglich sein, so schließen wir uns dem neuen Landkreis Main-Taunus an unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß, wenn die heftige Grenze fällt, wir uns dem neu zu bildenden Landkreis um die Mainmündung anschließen können, wo für unsere geographischen und wirtschaftlichen Belange uns hinweisen.“

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 4. November 1927.

Der Magistrat: Arzbächer.

Bekanntmachung betr. Wahlen zur Angeordneten-Versammlung.

Auf die in der Bekanntmachung des Herrn Landrats in Wiesbaden, betr. die Wahl der Vertrauens- und Ersatzmänner in der Angeordneten-Versammlung vom 29. Sept. 1927 (Kreisblatt Nr. 229 vom 1. Okt. d. Jrs. Nr. 148), veröffentlicht im Hochheimer Stadtsanzeiger am 11. Oktob. d. Jrs., ergangenen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlagslisten ist von den wahlberechtigten Arbeitgebern nur eine Vorschlagsliste eingereicht worden. Die auf den 13. November d. Jrs. von 14 bis 16 Uhr anberaumte Wahl für die Arbeitgeber findet daher gemäß § 16 der Wahlordnung nicht statt.

Der Wahltermin für die wahlberechtigten Angeordneten von 16.15 bis 18.15 Uhr bleibt bestehen.

Wahlscheine (§ 25 Abs. 2 der Wahlordnung) sind bei dem Wahlleiter Herrn Landrat Schlitt in Wiesbaden zu beantragen. Dem Antrage sind die Versicherungsskarte oder die Bescheinigung der zuständigen Ersatzklasse beizufügen.

Der Wahlschein berechtigt nicht etwa wie bei den Reichstagswahlen außerhalb seines Stimmbezirks zu wählen, sondern gibt dem Wähler nur das Recht, ebenso wie ein Arbeitgeber seinen Stimmzettel unter Beifügung des Wahlscheines brieflich innerhalb der bestimmten Frist in verschlossener Umschlag dem Wahlleiter einzulegen.

Für den Wahlgang ist als Wahlvorsteher Herr Bürgermeister Arzbächer, als dessen Stellvertreter Mag.-Schr. Kofhorst ernannt und als Wahllokal das Zimmer Nr. 1 im Rathaus hier vom Herrn Landrat bestimmt worden.

Hochheim a. M., den 2. Nov. 1927.

Der Wahlvorsteher.

Der Bürgermeister: Arzbächer.

Zum gut gedeckten Tisch gehört ein schönes Besteck!

Echt silberne und Alpakabestecke, sowie prima versilberte in allen Preislagen empfiehlt Fritz Riedel.

Der kluge Geschäftsmann injeriert!

Danksagung.

Jedem der an Rheumatismus, Ischias oder Gicht leidet, teile ich gern kostenfrei mit, was mich schnell und billig kurierte. 15 Pfg. für Rückporto erwünscht.
Gust. Parschat, Schleusenstr. Oranienburg, Schleuse Lehnitz No. 199.

Perfekte Schneiderin erteilt Anfängerinnen und Fortgeschrittenen Unterricht im Nähen und Zuschneiden
Mainz, Uferstr. 29 IV

Cigarren, Cigaretten, Tabak, sowie alle Schreibwaren empfiehlt zu billigsten Preisen in großer Auswahl
Cig.- und Schreibwarenhaus Kaiser, Weiherstr. 14

Eine Küche

Bade-Einrichtung und ein großer ovaler Spiegel zu verkaufen
Mainzerstraße 1.

Ein brauner Jagd-Hund

auf den Namen „Bella“ hörend, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben bei Jaf. Petry, Schönbornerhof.

Ausverkauf wegen Umbau

unserer gesamten Lager in Herren-, Knaben- und Burschen-Konfektion

Jetzt ist es Zeit, Ihren Bedarf zu decken. Wir müssen räumen und verkaufen daher unser gesamtes Lager zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Wenn Sie viel Geld sparen wollen, dann benutzen Sie diese kaum wiederkehrende Gelegenheit unseres Ausverkaufs.

GEBR. DRUCKER

Schöfferstrasse 7 Mainz Schöfferstrasse 7

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung



Zum Hochheimer Markt!

Mel.: Strömt herbei
Strömt herbei ihr Völkerscharen
Zu dem schönsten Markt am Main.
Ach da gibt's ein gutes Tröpfchen
Es kann ja nur in Hochheim sein.
In der Mainzerstrasse da gibt es
Wieder altbekannte Küche!
:- Kehre ein beim Schumanns Peter,
Hei da gibt's auch was für dich :-

Es ladet freundlichst ein: **Der Straußwirt:
Peter Schumann, Hochheim**

Gasthaus „Zur Rose“

Samstag Abend „große Vorfeier“

Sonntag, Montag und Dienstag

TANZ

Für gute Speisen und Getränke ist
bestens gesorgt. **Peter Raaf.**

Deutschlands größte Straußwirtschaft
Weingut Kroeschell - Hochheim a. M.

KONZERT

und ab 5 Uhr Vorträge unter Mitwirkung von Harry Hand,
Opernsänger. — Vom Samstag, den 5. bis Dienstag, den
8. November, während des Hochheimer Marktes

»1a. Konzert und Vorträge«

Samstag, 5. Nov. Konzertsänger, Sonntag, 6. Nov. Rhein-
weinsänger Hauth, Montag, 7. Nov. Paulchen, der sächs.
Komiker, Dienstag, 8. Nov. Fritz Schlöthauer, ehem. Hol-
schauspieler.

1a Glas- und Flaschenweine, sowie kalte und warme Küche.
8. November unwiderruflich letzter Tag!

Im Saalbau „Zum Frankfurter Hof“

Hochheim am Main.

während den Markttagen große öffentliche

„Tanz-Musik“

ausgeführt von der Feuerwehr-Kapelle
Eddersheim. Prima naturreiner Hoch-
heimer Ausschank- und Flaschenweine
Federweißer. Altbekannte gute Küche.
Spezialität: Wild und Geflügel, Bratwurst
und Rippchen. — **Samstag Abend:**
Rehragout mit Klößen, Rippchen mit Kraut,
Hausmacher Bratwurst. — Um geneigten
Zuspruch bittet: Der Gastwirt

Wilhelm Holweger, Hochheim

Restauration

„Burg Ehrenfels“

Hochheim am Main, Bes.: B. Koch

Altbewährtes Haus in Speise u. Trank

Nur naturreine Ausschank- und Flaschenweine

Spezialität: Federweißer. — Zum
Hochheimer Markte am 6., 7. und 8.
November 1927 in allen Räumen

Konzert und grosser Ball

Die Musik stellt:
1a. Kavallerie - Kapelle

Achtung Kein Kirmes-Rummel Achtung

zum ersten Male auf einer Kirmes und
zum ersten Male in Hochheim

In der modernen Schau

Alfra, die berühmte Gedankenleserin

Alfra, errät jeden Gedanken der Zuschauer,

Alfra, gastierte bereits vor höchsten Herrschaften u.
a. auch vor der deutschen Kronprinzessin und
der Königin von Holland, in Bonn vor sämt-
lichen Ärzten und Professoren.

Kommen! Hören! Staunen!

Es ladet ein:

Der Unternehmer: S. Braubach.

Strauß-Wirtschaft!

Der verehrten Einwohnerschaft von
Hochheim und Umgebung zur gefl.
Kenntnis, daß ich ab 6. November
ds. Jrs. über die Markttag bis
21. November eine

Strauß - Wirtschaft

eröffnet habe. Für gute Speisen,
selbstgezugene Weine, sowie eigene
Hauschlachtung ist bestens gesorgt.
Es ladet freudl. ein: **Straußwirt
Wilhelm Schreiber, Hochheim**
Weberstraße 33.

Freunden und Gönner zur Kenntnisnahme,
daß ich in meinem neugebauten Kelterhaus
während den Markttagen eine

Strausswirtschaft

eröffne.

Martin Pistor.

„Zum Hochheimer Markt!“

empfeilt Unterzeichneter seine reich-
haltige Küche, Natur Hochheimer Wein,
prompte reelle Bedienung, gute Unter-
haltung.

Es ladet freundlichst ein:

Bes. Phil. Schreiber, Zum Taunus

Der verehrlichen Einwohnerschaft zur Kennt-
nis, daß ich während der Markttag eine

Strausswirtschaft

eröffne.

Um geneigten Zuspruch bittet

Paul Wehrle.

U.T.-LICHTSPIELE

Samstag
Sonntag
Montag

1/2 9 Uhr

2 Sensations-Schlager

Samstag
Sonntag
Montag

1/2 9 Uhr

»Prinz auf 24 Stunden«

Die Erlebnisse eines Fassadenkletterers. 6 spannende Akte.

Wenn du eine Braut hast

5 lustige Akte mit tollen Sensationen.

Nächsten Samstag der große russische Revolutionsfilm:

„Matrosenregiment 17“

Das Reichsschulgesetz.

Vor einem Kompromiß? — Hessen lehnt ab. — Die Volksschule in den Ländern.

Der Bildungsausschuß des Reichstags hat die Weiterberatung des Schulgesetzentwurfs aufgenommen. Es wird jetzt damit gerechnet, daß die Verabschiedung des Entwurfs auf Grund eines Kompromisses möglich ist.

Ein Kompromiß?

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat durch ihre Vertreter im Bildungsausschuß dem Reichsminister Dr. v. Meißner ihre Wünsche für die Gestaltung des Schulgesetzentwurfs in schriftlicher Form zur Kenntnis gegeben. Man rechnet in den Kreisen der Koalition damit, daß auf Grund der demnächst offiziell formulierten völksparteilichen Wünsche die Kompromißverhandlungen über die wesentlichen Teile des Gesetzentwurfs beginnen können.

Die Erfolgschancen dieser Verhandlungen würden positiv beurteilt, weil man sich bewußt sei, daß der Wille zur Fertigstellung des Schulgesetzes bei den Parteien der jetzigen Koalition durchaus vorhanden und die Möglichkeit für eine Einigung auf einer mittleren Linie durchaus gegeben sei.

Die Ablehnung Hessens.

Die hessische Regierung gab im Bildungsausschuß die Erklärung ab, daß sie den Schulgesetzentwurf ablehne, weil er verfassungswidrig sei.

Die Gemeinschaftsschule müsse durch positive Bestimmungen tatsächlich zur Regelschule gemacht werden. Den Simultanschulländern müsse nicht nur eine Schonungsfrist gewährt werden, sondern sie müßten dauernd berücksichtigt werden. Hessen besteht darauf, daß die Unkosten in vollem Umfang von dem Reich getragen werden.

Die Volksschule in den Ländern.

Das Reichsministerium des Innern gab dem Bildungsausschuß eine Übersicht über die öffentlichen Volksschulen in den einzelnen deutschen Ländern.

In Baden ist die Gemeinschaftsschule als einzige Schulform gesetzlich festgelegt. In Hessen ist die Gemeinschaftsschule als Regelschule eingeführt, wenn auch nicht als einzige Schulform; neben 1015 Gemeinschaftsschulen gibt es in Hessen 27 evangelische und 28 katholische Schulen. In Preußen ist die Regelung nicht einheitlich, die Konfessionsschulen überwiegen aber die Gemeinschaftsschulen beträchtlich. In Bayern sind die Volksschulen regelmäßig konfessionelle Schulen. Ausnahmeweise können jedoch Volksschulen einer Gemeinde auf Antrag der Gemeindebehörde in konfessionell gemischte Schulen umgewandelt werden. In Württemberg besteht seit mehr als 100 Jahren eine streng durchgeführte Bekenntnisschule. Die Trennung erstreckt sich auch auf die örtlichen Schulverwaltungsorgane und die Schulaufsicht. Das Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 führte in Sachsen die weltliche Schule ein. Nachdem aber diese Bestimmung durch das Reichsgericht für ungültig erklärt worden war, ist der Religionsunterricht wieder eingeführt worden, so daß jetzt gleichwohl eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule besteht. Die braunschweigischen Volksschulen sind als Bekenntnisschulen anzusehen. In Thüringen gibt es heute neben einigen wenigen Bekenntnisschulen rechtlich nur noch Gemeinschaftsschulen. In Hamburg besteht nicht die Absicht, der Volksschule den ausschließlichen Charakter einer Bekenntnisschule zu geben. In Bremen besteht eine gemeinsame Volksschule ohne konfessionelle Bindung. In Lübeck ist die Einführung von Religionsunterricht für die Minderheit nicht vorgesehen. Beide Mecklenburger haben ihre Schulen in der Schulform als

evangelische Schulen bezeichnet. In Mecklenburg-Zürcherin gibt es daneben auch noch eine katholische Schule.

Rückgang der Schülerzahl.

Es kann danach zusammenfassend gesagt werden, daß weder der Charakter der Bekenntnisschule noch der Charakter der Gemeinschaftsschule in den einzelnen deutschen Ländern einheitlich ist.

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den öffentlichen Volksschulen Deutschlands ist seit dem Jahre 1921 um rund 25 Prozent zurückgegangen, dagegen beträgt die Abnahme der Schulen kaum 1,5 Prozent, die Verminderung der Lehrkräfte 7 Prozent. Unter den 52 763 Schulen, die 1921 vorhanden waren, waren 42 985 Bekenntnisschulen (81,4 Prozent) und 9778 Gemeinschaftsschulen (18,6 Prozent).

Der Mordprozeß Heydebrand.

Liegt Selbstmord vor?

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen v. Heydebrand und der Frau wurde das Testament seiner zweiten Frau eingehend besprochen. Der Angeklagte hat dieses Testament angefochten und Klage gegen den Erben, der ein Schwager der Verstorbenen ist, erhoben. Vertreter des Erben ist der Vater des Anaben. Den Höhepunkt der Streitigkeiten zwischen ihm und seiner Frau bildete der geschlossene Ehevertrag. v. Heydebrand erklärte weiter, seine Frau sei

eine leidenschaftliche Jägerin

gewesen. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß sie aber mit einem Revolver nicht umzugehen wußte, sagte er: „Das mag sein.“ — Die Witwensfrau Heydebrands sagte aus, daß das Ehepaar am Tage des Todes der Frau gut gelaunt gewesen sei. Um 8½ Uhr sei alles zur Ruhe gegangen, von Heydebrand sei in der Nacht gleich nach dem Schlaf am ganzen Körper zitternd zu ihr gekommen. Er habe einen völlig zerstreuten Eindruck gemacht. Der in der Mordnacht herbeigerufene Arzt sagte aus, daß er die Frau bereits als Leiche vorfand. In der rechten Schläfenleiste zeigte sich ein Einschnitt.

Oberförster und Gutsbesitzer Schmidt sagte aus, daß der Beschuldigte dringend um seine sofortige Vernehmung gebeten habe. Er habe dabei den Eindruck eines Mannes gemacht, der tief erschüttert gewesen sei.

„Ein ungewöhnlicher, aber immerhin möglicher Vorgang.“

Gerichtsmobilmagrat Dr. Straßmann, der die Obduktion der Leiche vorgenommen hat, betonte, daß es sich um einen sogenannten Raststich gehandelt habe. Der Stich ging quer durch das Gehirn von rechts oben nach links unten. Es sei möglich, daß die Verflorbene sich in der angegebenen Richtung selbst erschossen habe und daß die Waffe hinterher in ihrer Hand geblieben sei. Wichtig sei, daß der ganze Vorgang etwas ungewöhnlich, aber doch immerhin möglich sei. Kurz vor 6 Uhr werden die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag früh vertagt.

Die Soldengräber in Frankreich.

Feier an den deutschen Friedhöfen.

Auf dem Pariser Friedhof Vaugueux-Montrouge fand an den deutschen Kriegergräbern eine Gedächtnisfeier statt, in deren Verlauf Vorträge v. v. v. in dankbarer Erinnerung der Toten gehalten, die in Frankreichs Erde bestattet sind.

Auch im Verlaufe dieses Jahres, so führte der Vortragsleiter u. a. aus, ist eine umfangreiche Arbeit geleistet worden, um im Einbernehmen mit den zuständigen französischen Stellen den deutschen Grabstätten in Frankreich ein würdiges Aussehen zu geben. Mehrere deutsche Friedhöfe auf französischer Erde

sind vollständig instandgesetzt worden. 25 Friedhöfe im Gebiet der Somme und an der Maas sind auf Kosten des Volksbundes für Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit Baumaloeen bepflanzt worden.

Die Fürsorge hat sich auch ausgedehnt auf die Kriegerdenkmäler, die während des Krieges von unseren Truppen in Frankreich errichtet worden waren. Andere Denkmäler, die zerstört oder beschädigt waren, wurden wieder instand gesetzt. Dabei habe sich auch die Möglichkeit ergeben, die Kriegerdenkmäler aus der Zeit von 1870/71 in der Umgebung von Metz wieder herzustellen und an den alten Stellen wieder zu errichten. Er sei mit den zuständigen deutschen und französischen Behörden weiterhin bemüht, das hohe Ziel der Verschönerung und Ausschmückung der deutschen Totenstätten zu erreichen.

Der Vortragsleiter hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß in diesem Jahr die Zahl der Deutschen, die zur Ehrung der auf den Schlachtfeldern Gefallenen eingetroffen sei, sich wesentlich erhöht habe.

Als ein Ereignis von besonderer Bedeutung führte er die Wiedereröffnung der deutsch-evangelischen Kirche in Paris an und fügte hinzu, daß Reichspräsident v. Hindenburg, an dessen 80. Geburtstag die Kirche wieder eröffnet wurde, ihn ersucht habe, der deutschen Kolonie in Paris für die Ehrung, die man ihm hierdurch zuteil werden ließ, wärmsten Dank auszusprechen.

Nach seiner Rede, in der er die Hoffnung aussprach, daß auf dem Wege friedlicher Wiederaufrichtung Deutschlands und des Ausgleichs unter den Völkern auch weiterhin Fortschritte zu verzeichnen sein mögen, legte der Gesundheitsrat v. Nießer namens der Deutschen in Paris einen Kranz nieder. Für die deutschen Frauen wurde ein Kranz von Frau Gesundheitsrat Nießer niedergelegt. Auch eine ganze Reihe anwesender Deutschen legte Blumenpenden nieder.

Aus Hessen-Raffau und Hessen.

△ Darmstadt. (Gut abgelaufen.) An der Modstelle Stadthaus stieß ein Motorradfahrer mit einem Eisenbahnzug zusammen. Merkwürdigerweise blieb der Fahrer unverletzt, während das Motorrad von der Lokomotive des Zuges weitergeschleift und zertrümmert wurde. Nach Aussage des Schrankenwärters soll die Schranke geschlossen gewesen sein.

△ Darmstadt. (Karfreitag und Fronleichnamstag in Hessen.) Das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft hat mit Zustimmung des Gesamtministeriums über die Bestimmung der Festtage im Sinne der Paragraphen 150a u. f. der Gewerbeordnung angeordnet, daß als Festtag zu gelten hat: Auch der Karfreitag und der Fronleichnamstag für Orte, an denen diese Tage, den konfessionellen Verhältnissen und der Übung entsprechend, bisher schon als allgemeine Feiertage anerkannt waren, oder an denen das Fest den konfessionellen und örtlichen Verhältnissen entspricht. Es hiernach an einem Ort der Karfreitag oder der Fronleichnamstag oder beide Tage als allgemeine Feiertage anzusehen sind, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde (Kreisamt) nach Anhören der Ortspolizeibehörde und der Gemeindevertretung.

△ Frankfurt a. M. (David Stempel gestorben.) Hier starb nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 58 Jahren der in weiten Kreisen bekannte Gründer und Direktor der Schriftgießerei D. Stempel & Co. David Stempel, 1869 in der Pfalz geboren, errichtete er im Jahre 1895 in Frankfurt eine Schriftgießerei, die er immer weiter ausbaute, und die 1905 in eine Aktiengesellschaft verwandelt wurde. Zusammen mit seinem Schwager, dem Ingenieur Günz, leitete er auch weiterhin das Unternehmen, das hervorragende künstlerische Erzeugnisse lieferte und Schriften für fast alle Kulturprachen herstellte.

Bezwungen.

Original-Roman von H. A. B.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30

(Nachdruck verboten.)

20. Fortsetzung

An der Thürungstür traf sie den Vater. Er wollte ihr schon von Fern zu bekennende lachend seinen Wohlstand und machte sich dann mit schweigendem Eifer aus. Der Hofmarschall, der gern der Aufforderung nachkam, an dem einfach kräftigen Rast teilzunehmen, neigte sich zwar weniger schweigsam, bemühte sich im Gegenteil, so gut dies in des Vaters Gegenwart angängig, bei Geredem den lebenswichtigen Schwerenöten zu spielen, doch seine Rebegegendheit lockte die ihre nicht hervor, und als er in schwingenden Ausdrücken das Glück der Reichsberger Wäule zu preisen anhub, durch deren Pforte bald eine solche Frau Müllerin ihren Einzug hatte, begann sie statt aller Antwort von den ringum wachsenden Heidelbeeren zu pflücken, dabei Schritt um Schritt von den Nachtzeit Gattenden sich entfernt.

Der Hofmarschall schmunzelte in den Bart und suchte die geringe Lebenswürdigkeit seines Tochterleins einigermaßen auszugleichen, indem er, gefächelt, selbst ein Gespräch begann, das sich um die heute früh erfolgte Abreise des Herzogs und seiner Jagdgäste von Herberstein drehte.

Der Herr Praktikant, wie stets über das Renesse unterrichtet und beflissen, daselbe zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, bewegte die Hand.

„Der Hofmarschall ist noch hier geblieben, es soll an das Kavalleriehaus noch ein Seitenflügel angebaut werden und darüber nimmt er mit dem Baumeister, der gestern Abend angekommen, noch das nötige auf. Und der Graf Eichstädt ist ebenfalls nicht abgereist, der will noch ein paar Tage auf die Hühner schießen.“

Die Beeren, die Gretchen gedankenlos in die hohle Hand gefüllt, rollten wieder zu Boden.

Der Graf Eichstädt — sie fühlte, wußte es — der war es — er — Und er war nicht abgereist mit den anderen — er blieb hier.

Warum hefte sie in so atemlosen Laufen durch den Wald, nun sie wieder den Heimweg angetreten? Dann ein Mensch dem Schicksal, dem Verhängnis entlaufen? Ihr Schritt war schleppend. Das Verhängnis — ja, sie spürte es über sich, es brach über ihr zusammen, und sie konnte sich nicht davor retten. Ja — wollte sie es denn? Drängte nicht etwas in ihr schauernd, bangend und doch verlangend ihm entgegen? War nicht die Furcht zugleich auch eine Sehnsucht, ihn wiederzusehen — ihn —

War sie zusammengebrochen, hatte sie doch noch einmal einen schwachen Versuch des Fliehens, ihm Entfliehens gemacht, da sie seiner gewahr wurde, wie er in faulem Behagen auf dem Waldboden hingestreckt lag, die Hände an einen Baum gelehnt, hatte sie zurückgehalten, halb mit Gewalt, oder war sie selbst willenlos willig in seine geöffneten Arme hineingetaumelt? Denken, Empfinden lagen wie gelähmt in ihr. Erst, als sein Arm sie fester umschloß und seine Stimme, deren beständigem Liebeslaut noch keine widerstehen, zärtliche, heiße Worte in ihr Ohr flüsterte, packte sie das Entsetzen, und sie riß sich von ihm los —

„Am Gottes Barmherzigkeit willen, lassen Sie mich! Was haben Sie mit mir zu schaffen?“

Er lachte in übermühter Lust hell auf.

„Du nährst dich! Ich liebe dich — das habe ich mit dir zu schaffen. Und du — liebst mich, das hast du mit mir zu schaffen.“

Sie warf die Arme empor, als wolle sie den Himmel herabziehen zur Hilfe.

„Ja — lieben! Ich bin die Braut eines anderen, eines braven Mannes.“

Er sah ihr dicht in die Augen.

„Die Braut eines anderen. Und — liebst du ihn, diesen anderen, diesen — braven Mann?“

Durch alle wilde Erregung hindurch vernahm sie doch das geringigstend Spottende in seiner Stimme und ein seltsames Gefühl stieg in ihr empor, als dürfe sie den, dem sie doch selbst das größte Unrecht antat, nicht von einem anderen verurteilen lassen. Einen Augenblick hielt sie sich wieder in eigener Herrschaft, tief erstickt, mit voller, mädchenhafter Würde sagte sie:

„Er verdient's wohl und gehört besser zu mir, als der Graf von Eichstädt.“

Der Spott kimmerte noch in seinen Augen.

„O, sieh an, hast du gesundheitsfleh! Also doch ein bißchen Neugier, oder — Interesse? Nun ja, der Graf, der weltfahrende Ritter, der sein köstlich Kleinod gefunden und sich's nun auch zu eigen begehrt.“

Sie schüttelte schmerzlich den Kopf.

„Ich bin kein Kleinod für einen vornehmen Herrn, das weiß ich wohl.“

Er ließ sie gehen, vielleicht hundert Schritt von sich hinweg, mit den schwer schleppenden Füßen und dem tiefgebeugten Haupte, dann ging er ihr nach. Er gebrauchte keine Gewalt, sie noch einmal zurückzuhalten, keine andere Gewalt, als die des lieb- und frauenverführerischen Mannes über ein töricht schwaches Mädchenherz.

Sie lauschte seinen Worten, dem allen lodenden Vieh, und dachte nicht mehr an Recht und Unrecht, lehnte sich an seine Brust und hatte ein Gefühl, als sei des Paradieses Pforte ihr erschlossen, und sie wandle hinein in blühende Seligkeit.

Und dieses Gefühl erdrückten Glücks ging mit ihr, als sie daheim im Alltagsleben die Hände regte. Sie hatte ja nicht alles verstanden, begriffen, was er im zärtlichen Flüstern zu ihr geredet, hatte mehr dem Klang seiner Worte, als den Worten selbst gelauscht, aber sie hatte verstanden, daß er sie liebte. Er hatte Glauben, Vertrauen von ihr gefordert, und sie glaubte, vertraute ihm. Sie rüffelte, fragte nicht, wie er es meinte, es schaffen würde, daß alles zum vollen Glück komme; er würde es schaffen, er! Auch die Heimlichkeit drückte sie nicht, die er von ihr gefordert, bis morgen nur, wo sie ihn wiedersehen sollte — morgen!

„Der arme Fritz“, tanzte ihr dabei öfter in den Sinn, aber ohne die Furcht, das Bangen, das sie gestern empfunden. Nur ein tiefes schmerzliches Mitgefühl — der arme Fritz. Jetzt erst, da sie selbst an sich die Liebe erfahren, konnte sie wahrhaftig erkennen, was sie ihm antun mußte. Doch ersparen konnte sie es ihm nicht, denn —

Fortsetzung folgt

Niederamtsstadt. (Mord oder Selbstmord?) Hier wurde der Mithlenberger Dialekt erschossen aufgefunden. Eine Waffe wurde nicht gefunden, so daß noch nicht feststeht, ob Mord oder Selbstmord vorliegt.

Dörsdorf. (Vertauschte Jahreszeiten.) In einem hiesigen Garten steht eine Erdbeerentzucht in voller Blüte. An einigen Pflanzen zeigen sich sogar grüne Früchte.

Dillenburg. (Ein Streifenarbeiter vom Buge totgefahren.) Beim Posten 115 zwischen Dillenburg und Herborn hat die Lokomotive eines Personenzuges den Streifenarbeiter Ernst Paul aus Ullersdorf erfasst und getötet.

Marburg. (Rektoratswechsel in Marburg.) An der Aula der Universität fand die feierliche Einführung des neuen Rektors statt, zu der sich sämtliche Professoren im Ornat sowie die Chorglieder der Korporationen in vollem Wiß versammelt hatten. Nach einem Sändelschen Musikstück, das von dem Collegium musicum unter der Leitung des Universitätsmusikdirektors Dr. Stephanus ausgeführt wurde, ergriff der scheidende Rektor, Geh. Rat Prof. Dr. Busch, das Wort zu einem kurzen Bericht über das vergangene bedeutungsvolle Jubiläumsjahr. Dann folgte der Rektoratswechsel mit der althergebrachten, eigenartigen Symbolik. Zum Schluss des Festaktes hielt der jetzige Rektor, Geh. Rat Prof. Dr. Freiherr von Soden, der der theologischen Fakultät angehört, seine Amtseinführung, die nach alter Sitte streng wissenschaftlich war.

Wien. (Selbstmord auf den Schienen.) Der Tagelöhner Paul Jakob aus Saasen warf sich im Bahnhof Sagen der Streda Gießen-Hulda vor die Lokomotive eines einpendelnden Personenzuges. Er war sofort tot. Der Tod war epileptisch.

Kassel. (Verlegung des Kasseler Pferdemarktes.) Seit Beginn dieses Monats wird der Pferdemarkt, der bisher auf dem Hofe der großen Artilleriekaserne abgehalten wurde, in die Markthalle des städtischen Viehhofes verlegt. Dadurch wird es möglich sein, den Hof der Artilleriekaserne, soweit er von der Stadt gemietet ist, in Anspruch zu nehmen und zu Kinderpielen und Bleichplätzen für die anwohnenden Mieter herzurichten.

Mainz. (Der Einbruch bei der Mainzer Spar- und Konsumgenossenschaft.) Bekanntlich wurde in der Zeit von Samstagabend bis Montag früh im Hauptgeschäftsbau der Mainzer Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft am Barbarossa-Ring ein Einbruch verübt. Es gelang den Tätern, den im oberen Stockwerk befindlichen Kassenschatz zu öffnen, in dem ein größerer Geldbetrag, etwa 150 000 Mark, enthalten war. Es gelang den Dieben aber nicht, an alle Behälter heranzukommen, so daß ihnen nur etwa 4000 Mark in die Hände fielen. Die Desamung des Geldschrankes erfolgte durch Schweißung mittels Sauerstoffapparates, und die ganze Ausführung des Einbruches diente darauf hin, daß hier gelübte Geldschranknadeln an der Arbeit waren. Die Kriminalpolizei hat sofort Ermittlungen aufgenommen und ersucht um sachdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden.

Worms. (Wormser Herbstmesse und Verkehrswoche.) Die traditionelle Wormser Herbstmesse wird am kommenden Sonntag mit einem historischen Gefellenszug der Hünne um den Siegfriedbrunnen eröffnet. Mit der Herbstmesse ist auch diesmal wieder eine Verkehrswoche verbunden, die allerlei Lebenswerte bieten wird.

Beibehaltung der Todesstrafe.

Mit 17 gegen 11 Stimmen beschlossen.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags hat den sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Es bleibt somit bei dem Regierungsentwurf, der die Todesstrafe auch für das neue Strafgesetzbuch vorsieht. Da der sozialdemokratische Antrag im Plenum wieder eingebracht werden wird, ist dort eine nochmalige Erörterung der ganzen Frage zu erwarten.

Bezwungen.

Original-Roman von H. Abt.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

(Nachdruck verboten.)

21. Fortsetzung.

Was das Herz gebietet, ist des Menschen höchste, heiligste Pflicht — hatte er ihr gesagt, dessen Wort ihr wahr galt, wie das Evangelium.

Und das Morgen, die Stunde, wo er sie im Walde erwartete, kam heran. Er wartete ihrer, empfing sie mit ungeduldig geöffneten Armen, mit zärtlichen Liebesworten und belöbenden Schmeicheln, aber die Worte, nach denen sie zunächst verlangte, vernahm sie nicht.

Nichts davon, was aus dieser Heimlichkeit hinauswies, in eine offene freie Zukunft hinein — keine Zukunft, nur die Stunde, das Heute — und — vielleicht noch das Morgen —

Sie starrte ihn plötzlich an, als erwache sie aus schwerer, trägerischer Traumverlorenheit zur Wirklichkeit. Es gab ja auch, konnte ja auch kein Morgen, keine Zukunft geben, die ihnen gemeinsam lag, ihm, dem vornehmen Herrn, und ihr, dem schlichten Kinde des Volkes.

Die Waldblume hatte ihn gekostet, er neigte sich ihr zu in jener Stunde, für einen Sommertag, und dann — und dann —

Er nahm ihr ganz erblaßtes Gesicht in seine Hände. Wo hast du mit einem Male deine Rosen gelassen, mein Lieb?

Sie zitterte wie eine schlanke Ranke, und plötzlich warf sie sich in heiß hervorbrechender Leidenschaftlichkeit, in jäh emporkommender Ekstase auf seine Brust.

Ja dein! Dein in alle Ewigkeit! Und wenn du verläßt in dieser Stunde noch, ich behalte dich doch, tief verwunden im Herzen bleibst du doch mein, da will ich dich halten und die einen Altar bauen und dir für das Glück danken, das du mir geschenkt hast und für dein Glück teilen mein ganzes Leben lang.

Gemeinsame Strafrechtsreform mit Oesterreich.

Im Strafrechtsausschuß erstattete Abg. Emminger Bericht über die Besprechung, die zwischen Abgeordneten der Ausschüsse zur Beratung der gemeinsamen Strafrechtsreform des Oesterreichischen Nationalrates und des Deutschen Reichstages stattgefunden hat. Bekanntlich ist von beiden Parlamenten der Wunsch geäußert worden, nach Möglichkeit ein übereinstimmendes Strafrecht

zu haben. In der erwähnten Besprechung wurde nunmehr vereinbart, daß am 15., evtl. am 16. November d. J. in Wien eine freie

Oesterreichisch-deutsche parlamentarische Konferenz

zusammentreten soll, auf der die im Verlaufe der bisherigen parlamentarischen Beratungen in Aussicht genommenen Änderungen erörtert und nach Möglichkeit darüber eine Verständigung erzielt werden soll.

Reichsjustizminister Dr. Bergt stellt fest, daß durch die in Aussicht genommene lose Art des Zusammenwirkens die Freiheit der Beratungen in den beiden Parlamenten und in den Ausschüssen in keiner Weise beeinträchtigt werde. Der Minister erklärte seine Bereitschaft, die gemeinsame Arbeit der beiden Körperschaften zu seinem Teil zu unterstützen.

Parter Gilberts Denkschrift.

Das Reichskabinett beschließt ihre Veröffentlichung.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit Reparationsfragen und dabei auch mit der Beantwortung des Memorandums des Reparationsagenten.

Nachdem im In- und Auslande die verschiedensten irreführenden Mitteilungen über seinen Inhalt veröffentlicht worden sind, hält es die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reparationsagenten für wichtig, den vollen Wortlaut des Memorandums zusammen mit der Antwort der Reichsregierung bekanntzugeben. Die Veröffentlichung wird voraussichtlich am kommenden Sonntag erfolgen.

Rein Reichskommissariat.

Nachdem eine Zeitlang mit der Schaffung eines besonderen Reichskommissariats für Reparationsfragen gerechnet werden mußte, scheint man, wie die nachstehende halbamtliche Pressenotiz zeigt, jetzt eine andere Lösung der Frage ins Auge zu fassen.

Zur Frage der organischen Zusammenfassung der Reparationsangelegenheiten wird mitgeteilt, daß unter keinen Umständen die Bildung eines Reichskommissariats in Frage kommt. Es besteht nur die Absicht, im Rahmen des Finanzministeriums eine besondere Stelle zur einheitlichen Vertretung der Reparationspolitik gegenüber dem Reparationsagenten zu schaffen, natürlich in Verbindung mit den anderen in Betracht kommenden Ressorts. Ueber die Personalfrage läßt sich noch nichts sagen.

Sandesserrat in Mainz.

Eine Spionin verhaftet.

In Mainz wurde von der Polizei eine Frau verhaftet, die im Verdacht stand, mit den Franzosen in Verbindung zu stehen und diesen Spionagedienste geleistet zu haben. Bei ihrer Festnahme fand man eine Mappe mit Akten, die den Verdacht bestätigten.

Im Zusammenhang hiermit wurde dieser Tage der Regierungsrat August Fuchs in Darmstadt seines Dienstes enthoben; er war zuletzt Hilfsreferent in der Polizeibehörde des hessischen Ministeriums des Innern. Fuchs bekleidete ursprünglich die Stellung eines Bürgermeisterssekretärs in Gonsenheim, war später Kreiswohlstandsdirektor in Dieburg und wurde nach dem Umsturz in das hessische Ministerium

berufen. Gegen ihn wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Eine Aeußerung des hessischen Innenministeriums.

Das hessische Ministerium des Innern teilt mit, daß die vorläufige Enthebung des Regierungsrats Fuchs vom Amt wegen der Anschuldigung außerordentlicher Verfehlungen erfolgt sei. Ueber die Art dieser Verfehlungen könne noch keine Mitteilung gemacht werden.

Die von einzelnen Blättern gebrachte Meldung, daß Fuchs verhaftet sei, scheint sich nach dieser amtlichen Äußerung nicht zu bestätigen.

Bermischtes.

Sonntagsworte.

Heimweh ist ein bitteres Seiden, heiß und körperlich kann es uns krank machen, wenn es uns packt. Die Sehnsucht nach dem Elternhause, das vielleicht schon längst nicht mehr ist, die Sehnsucht nach dem Heimatort, der vielleicht heute schon ein ganz anderes Angesicht trägt, als es uns vor der Seele steht, die Sehnsucht aus der Fremde nach der Vaterlande, auch wenn die Menschen dort uns nicht mehr kennen, wie kann sie so übermächtig, so herzzerreißend werden! Den Einsamen, den Unverstandenen, den Darbenden überkommt sie nicht anders wie den Vielgeschäftigen in der brausenden Weltstadt, den von den Menschen Verehrten und Bewunderten oder dem Günstling des Schicksals an der Feststalt des Lebens.

Es gibt kein Mittel, mit dem man das Heimweh bannen könnte. Es ist eine Traurigkeit, die ausgelebt werden muß. Aber wie ein milder Engel des Trostes zeigt der Glaube der heimwehkranken Seele den Himmel, der sich über die ganze Erde wölbt, dessen Gestirne ihre Strahlen auch dorthin senden, wo die Sehnsucht weilt, der in seiner erhabenen unendlichen Majestät zu ihr spricht von dem Vaterhause oben, der ewigen Heimat, in der kein Weh sie mehr quälen wird.

Dieser Glaube rückt uns auch das Ferne nahe und schenkt uns wieder, was uns genommen ist. Wer hier auf Erden getrennt auf dem Plage gestanden hat, auf den er gestellt war, und beharrte im guten Kampfe des Glaubens bis ans Ende, dem werden sich, wenn ihn Gott ruft, die himmlischen Pforten öffnen, und alle Tränen werden getrocknet werden. Selig sind, die da Heimweh haben, denn sie sollen nach Hause kommen!

*
Kränklige Reisende auf der Heimfahrt. Um unglücklich gelähmten oder kränkligen Reisenden das Ein- und Aussteigen zu erleichtern, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft angeordnet, daß die Zugführer und Schaffner sich solcher Personen besonders anzunehmen haben. Das Zugpersonal soll diesen körperlich behinderten Reisenden in jeder Weise beim Ein-, Um- und Aussteigen behilflich sein und wird sie auf Umsteigestationen an den Aufsichtsbeamten des Bahnhofes oder den Schaffnern des Anschlußzuges verweisen. Die Reichsbahndirektionen werden auf den Bahnhöfen, wo Kranke und Verletzte häufig ein- und aussteigen, also besonders in Badeorten, Erholungsstätten usw., leicht tragbare Treppen (Trittschuhen) bereitstellen.

□ Bestenommene Eisenbahnräuber. In der Nacht gelang es Beamten des Eisenbahnüberwachungsamtes auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin zwei Mitglieder einer Bande von internationalen Taschendieben, zwei Argentinier, und auf dem Lehrter Güterbahnhof zwei berüchtigte Eisenbahnräuber zu verhaften.

□ Folgeschweres Spiel mit dem Feuer. Wie jetzt einwandfrei festgestellt wurde, ist ein bei der Firma Kinkel & Co. in Landshut ausgebrochener Speicherbrand, bei dem 12 000 Zentner Flachs vernichtet wurden, von zwei Jährigen Knaben verursacht worden.

□ Von einem Bären überfallen. Eine Gruppe von Bärenführern, die in Jassen in Bommern in einem Gasthof übernachteten, hatten einen Bären für die Nacht im Hof an einen Baum gebunden. Als gegen Morgen ein Bär über den Hof in die Gaststube gehen wollte, griff der Bär ihn an und verlegte ihn durch Tatenhiebe lebensgefährlich.

zu lösen gewahrte, wiederholte er zärtlichen, doch bestimmten Tones:

„Nein, nicht jetzt, nicht bevor ich selbst es von dir fordere.“

Ganz verstört blickte sie ihn an.

„Die Eltern — der Vater — ihm wenigstens laß mich's sagen. Er ist so gut, er wird meinem Glück nicht entgegen sein und ich — ich kann's so schlecht, das Lügen.“

Er sah sie an, als wolle er mit den Augen ihre Seele zu sich ziehen.

„Margarete, liebst du mich wirklich?“

Sie blickte ihn nur mit gefalteten Händen schweigend an.

„So beweise es, indem du mir vertraust,“ sagte er ernst, fast feierlich. „Ich verlange keine Eiden von dir, ich verlange nur Schweigen, während ich unser Glück vorbereite.“

„Ja“, hauchte sie kaum vernehmbar.

Dann zuckte in ihr eine andere Furcht auf.

„Aber der Fritz, ich kann ihn doch nicht in dem Glauben belassen, er — ich kann's doch nicht!“

Ein herber Ausdruck trat jetzt auf des Grafen Gesicht.

„Ich hatte in deiner Liebe mehr Stärke gewöhnt — du scheinst vieles nicht zu können.“

Sie starrte ihn an, eine tödliche Angst erfaßte sie Schob er sie von sich?

Sie hob die Hände flehend empor.

„Verzeih mir. Alles kann ich, alles will ich, was du mir willst.“

Er zog sie dicht zu sich heran, doch ohne sie zu küssen.

„Ich halte dich an diesem Wort. Und sei getrost — seine Stimme klang wie herrlichste Verheißung — „der Weg zur Seligkeit führt über steinigtes Land.“

Fortsetzung folgt.